

Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen : ein Blick auf Deutschland. Einleitung

Graf, Patricia; Kupfer, Antonia

2016

<https://doi.org/10.25595/1800>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Graf, Patricia; Kupfer, Antonia: *Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen : ein Blick auf Deutschland. Einleitung*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, Jg. 25 (2016) Nr. 1, 9-23. DOI: <https://doi.org/10.25595/1800>.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen

Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen – ein Blick auf Deutschland. Einleitung

PATRICIA GRAF. ANTONIA KUPFER

Die Versklavung von Menschen ist ein hochaktuelles Phänomen und gehört keineswegs der Vergangenheit an. Das schwer erkämpfte rechtliche Verbot von Sklaverei hat es nicht vermocht, diese zu verhindern. Mit diesem Heft möchten wir diese bittere Tatsache in das Bewusstsein unserer LeserInnen rufen und dafür Beiträge zu Geschlechterverhältnissen in sehr unterschiedlichen Formen von Sklaverei weltweit vorstellen. In der Einleitung aber legen wir unseren Fokus auf die Beteiligung Deutschlands an Sklaverei und extremer Arbeitsausbeutung. Dabei geht es uns vor allem um die Aufdeckung der ökonomischen Dimension von Sklaverei, denn diese, so unsere These, ist der Grund und Motor sowohl ihrer anhaltenden Existenz wie ihrer aktuellen Zunahme. Wir wollen zeigen, dass und inwiefern Deutschland als Transitland und Ort für Sklaverei und Ausbeutung funktioniert, dass Staat und Unternehmen als Akteure für Ausbeutung am Werk sind und Deutschland in der Europäischen Union (EU) als Promotorin institutioneller Regeln, die Ausbeutung begünstigen, fungiert.

Frauen und Männer versklaven Männer und Frauen, aber eine Analyse der Geschlechterverhältnisse zeigt, dass der Anteil der ausbeutenden Männer über dem der Frauen liegt und dass die Opfer von Versklavung und extremer Arbeitsausbeutung in der Mehrheit Frauen sind (Graf/Kupfer 2015). Sklaverei und extreme Arbeitsausbeutung funktionieren somit geschlechterhierarchisch. Den Begriff der modernen Sklaverei benutzen wir in Anlehnung an die International Labour Organisation (ILO, vgl. 2014a) als einen Oberbegriff für Zwangsarbeit, erzwungene sexuelle Ausbeutung, einige Formen von Kinderarbeit sowie Menschenhandel, der auf sexuelle Ausbeutung oder Zwangsarbeit abzielt. Wir benutzen neben dem Begriff der modernen Sklaverei auch den der extremen Ausbeutung, um auch Sklaverei-ähnliche Arbeitsverhältnisse einzuschließen. Bei beiden Begriffen steht der menschliche Körper als multivalentes Kapital im Mittelpunkt, der dabei physischer und

psychischer Gewalt ausgesetzt ist (Bales/Soodalter 2009). Über die Verknüpfung von Patriarchat und Sexismus mit Kapitalismus wissen wir: Beide Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse sind eng aufeinander bezogen und miteinander eingespielt (für eine Sammlung von Grundlagentexten dazu: Beer 1987). Diese Unterdrückungsverhältnisse sind aber vielschichtig, und es kommt zu einer Vermischung von unterschiedlichen Geschlechterhierarchien, wie die Beiträge dieses Heftes zeigen. Ein weiteres Charakteristikum extremer Arbeitsausbeutung und Sklaverei ist der starke Netzwerkcharakter. Ausgebeutete Menschen stehen meist am Ende einer langen Reihe transnationaler Handelsbeziehungen, deren Netzwerkglieder nicht immer offensichtlich sind. Zur Analyse dieser Netzwerke stützen wir uns auf Beiträge der feministischen Politischen Ökonomie. Den theoretischen Rahmen wenden wir dann auf die aktuellen Verflechtungen in Deutschland an. An erster Stelle steht hier der Menschenhandel. Ist von moderner Sklaverei die Rede, so denken viele an erzwungene Prostitution. Erzwungene sexuelle Ausbeutung ist die Form der Arbeitsausbeutung, die am stärksten weiblich konnotiert ist. Dass sich dies aber keinesfalls in der deutschen Gesetzgebung nieder schlägt, sondern dort zwischen sexueller Ausbeutung und Arbeitsausbeutung unterschieden wird, zeigt der Beitrag von Rebecca Pates, Anne Dölemeyer und Julia Leiser in diesem Heft. Tatsächlich stellt die sexuelle Ausbeutung den wirtschaftlich größten Anteil an den Profiten aus Versklavung und extremer Arbeitsausbeutung in Deutschland dar (Roland Berger Stiftung 2008). Auf sie gehen wir auch zuerst im Abschnitt zu Menschenhandel ein. Aber Menschen werden auch Opfer von Handel in (anderen) Bereichen der informellen Wirtschaft, v.a. im Bereich der Haushalte und Pflege, im Gastgewerbe, auf dem Bau und in der Landwirtschaft, um die wichtigsten zu nennen. Diese Bereiche werden in einem zweiten Schritt untersucht. Voraussetzung für die Versklavung und extreme Arbeitsausbeutung ist in allen Bereichen, dass es einen Markt für die durch Versklavung hergestellten Güter und Dienstleistungen gibt (Cyrus 2005). Wir werden aufzeigen, wie diese Märkte funktionieren. Anschließend lenken wir den Blick auf den Bereich von Haushalt und Pflege. Schließlich kommen wir auf transnationale Konzerne unter deutscher Führung zu sprechen, die in Sonderwirtschaftszonen Menschen extrem ausbeuten. Nicht überraschend ist die schlechte Daten- und Informationslage zu diesem Wirtschaftsbereich. Im Anschluss stellen wir die Beiträge dieses Heftes dar und richten damit den Fokus auf andere Länder. Dass diese gleichwohl immer auch in einer Analyse von Deutschlands Beitrag zur Sklaverei und extremer Arbeitsausbeutung enthalten sind, ist durch die internationale und globale Wirtschafts- und Handelsverknüpfung ohnehin gegeben.

Beitrag der feministischen Politischen Ökonomie zur Analyse globaler Ausbeutungsprozesse

Aus der bisherigen Forschung der feministischen Politischen Ökonomie zu globaler Geschlechtergerechtigkeit und zur Kritik am transnationalen Kapitalismus (vgl.

Çağlar 2014 für einen Überblick) gibt es wichtige Erkenntnisse, an die wir in der nachfolgenden Analyse der Vernetzung Deutschlands in globale Ausbeutungsprozesse anknüpfen möchten. Gemeinsam ist verschiedenen Strömungen der feministischen Politischen Ökonomie die Kritik an einer einseitig deskriptiven und additiven Verwendung der Kategorie Geschlecht durch die kritische Politische Ökonomie, die Frauen entweder als ausgebeutete Objekte der Globalisierung oder als widerständige Subjekte in Frauenbewegungen darstellt (Çağlar 2014). Die feministische Politische Ökonomie bietet dagegen eine Perspektive, die es ermöglicht Geschlecht als Analysekategorie globaler Prozesse der Sklaverei zu nutzen, indem sie Geschlecht als ein Strukturmerkmal versteht.

Eine Erkenntnis aus verschiedenen Fallstudien der feministischen Politischen Ökonomie zu globalen Ausbeutungsprozessen ist, dass die Kategorie Geschlecht mit weiteren Kategorien wie Herkunft und Alter zusammenwirkt (Intersektionalität). So zeigen Studien zur Textilindustrie in Mexiko, dass vor allem junge, ungebundene Migrantinnen aus ländlichen Gegenden für ausbeutende Arbeiten rekrutiert werden, da sie als flexibel gelten, nicht gewerkschaftlich organisiert sind und keine Familienbande haben, die ihnen bei Androhung von Zwang Rückhalt bieten können. Geschlechterrollen im Zusammenspiel mit Herkunft können auch ausschließend wirken wie im vorliegenden Heft der Beitrag von Oonagh Eastmond zu kambodjanischen Fischern in Thailand zeigt. Da thailändische Programme zur Opferunterstützung von Ausbeutung vor allem auf weibliche Opfer von Prostitution fokussiert sind, so Eastmond, bieten sie keinen Raum für männliche Opfer, die auf den Fischerbooten als Arbeitssklaven ausgebeutet werden. In unserer folgenden Analyse der internationalen Verflechtungen Deutschlands werden wir also darauf hinweisen, inwiefern die Selektionsmechanismen der Ausbeutung auf dem Zusammenwirken verschiedener Kategorisierungen bestehen.

Eine weitere wichtige Erkenntnis, die aus dem Literaturkorpus der feministischen Politischen Ökonomie gezogen werden kann, ist die Komplexität regionaler und globaler Verwobenheiten. Studien zu globalen Ausbeutungsprozessen implizieren oft eine Dichotomie zwischen reichem Norden und ausgebeutetem Süden (Graen 2014, Jaeger 2015, SWP Berlin/BGR 2013, INKOTA 2010). Dass diese Vorstellung längst überholt ist, wird deutlich in einem Beitrag von Mouna Maaroufi in diesem Heft zur Arbeitsausbeutung von Hausangestellten aus asiatischen und afrikanischen Ländern im Libanon. Durch die Anwendung der Kategorie Geschlecht auf Wirtschaftsprozesse in Industrieländern geraten aber auch regionale Varianzen und Ungleichheiten in diesen Ländern in den Blick. So zeigt Katy Bennett (2014) in ihrer Studie des ehemaligen Kohlestandorts Durham an der Ostküste der USA auf, dass Freihandelsverträge (zu denen auch das geplante Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) Abkommen gehört) nicht nur in Schwellen- und Entwicklungsländern, sondern auch an postindustriellen Standorten die Arbeitsbedingungen verschlechterten. In Durham ist im Zuge der Deindustrialisierung ein hoch flexibler Sektorservice im Niedriglohnbereich entstanden, der stark weiblich dominiert und

für transnationale Direktinvestitionen prädestiniert ist. Gäbe es eine Übertragung von Arbeitsrechtsprechung hin zu privaten Schiedsgerichten, wie etwa innerhalb des Freihandelsabkommens TTIP zwischen USA und Europa angedacht, würden Unternehmen darin bestärkt, Regierungen aufgrund strenger Arbeitsgesetzgebung zu verklagen, wenn ihnen daraus ein Gewinnverlust entsteht, wodurch die sowieso schon prekären Arbeitsbedingungen weiter ausgehöhlt würden. Das bedeutet, dass die Gleichsetzung des „Nordens“ mit „reich“ immer weniger funktioniert und wir genauer hinschauen müssen, um zu erkennen, dass sich Armut und Ausbeutung so wie Reichtum und Bereicherung global verteilen. Für unsere Analyse des Falles Deutschland bedeutet dies, nicht nur Ausbeutungsprozesse, in die Deutschland eingebunden ist, in den Blick zu nehmen, sondern die Eingebundenheit weiterer Regionen für Sklaverei in Deutschland zu berücksichtigen.

An diese Verwobenheit globaler und regionaler Prozesse schließen auch Studien zur Hybridisierung von Geschlechterregimen an (Walby 2002; Elson 2007; Sassen 2003). Wie Studien zum Haushaltssektor im globalen Süden zeigen, gibt es auch in diesen Ländern GewinnerInnen der Globalisierung. Ein Beispiel stellen die aufstrebenden Mittelschichten in den Schwellenländern Argentinien, Chile und Brasilien dar, für die die Mucamas unter ausbeuterischen Bedingungen Pflegearbeiten erbringen und selbst häufig aus den ärmeren Nachbarländern Peru, Bolivien und Paraguay stammen (Cristo 2015). Dadurch werden klassische Geschlechterverhältnisse reproduziert und gleichzeitig verändert, denn die Mittelklassefrauen können die Möglichkeiten der Teilnahme am Arbeitsmarkt und des damit verbundenen sozialen Aufstiegs nur auf dem Rücken der Mucamas nutzen. Nicht nur in den früheren kolonialisierten Ländern, sondern auch mitten in Deutschland kommt es somit zu einer Hierarchisierung nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern auch zwischen Frauen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft. Für unsere Analyse der Ausbeutungsprozesse, in die Deutschland eingebunden ist, bedeutet dies, die Vielschichtigkeit von Geschlechterverhältnissen in den Blick zu nehmen.

Ein viertes wichtiges Ergebnis, das es für die folgende Analyse zu nutzen gilt, liefern Studien zur Institutionalisierung von Arbeitsrechten und internationalen Handelsregimen. Diese weisen darauf hin, dass die soziale Verantwortung für Arbeitsbedingungen und Geschlechtergleichheit „zwischen transnationalen Konzernen, lokalen Zulieferfirmen, nationalen Regierungen und internationalen Organisationen munter hin- und her verschoben wird“ (Wichterich 2007, 237). Die Industrieländer verließen sich dabei auf private Corporate Social Responsibility-Regelungen (Aridov et al. 2014) und seien nicht daran interessiert, sich für Verbesserungen im Arbeitsrecht in Zuliefererländern einzusetzen (Wichterich 2007, 237). Institutionelle Ansätze zur Regulierung von (vergeschlechtlichten) Ausbeutungsprozessen werden so unterminiert und es kommt zu einer Machtverschiebung hin zu privaten Unternehmen.

Vor dieser Hintergrundfolie betrachten wir im Folgenden, inwiefern Deutschland in transnationale Ausbeutungsprozesse eingebunden ist, und welche Rolle die Katego-

rie Geschlecht dabei spielt. Dabei beginnen wir mit dem Bereich des Menschenhandels, der dem Großteil der Ausbeutungsprozesse zugrunde liegt.

Menschenhandel

„Wurden in den 350 Jahren des transatlantischen Sklavenhandels von 1500 bis 1850 etwa zwölf Millionen Menschen von Afrika nach Amerika deportiert, so sind in den letzten 30 Jahren nach Schätzungen der UN allein in Asien 30 Millionen Frauen und Kinder Opfer von Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung geworden“ (Roland Berger Stiftung 2008, 3). Von Menschenhandel sprechen wir, „wenn Migration mit Nötigung, Überredung oder Täuschung zum Zweck der Ausbeutung einhergeht“ (Cyrus 2005, 3). Laut Michael Zeuske steht fest, „dass es heute mehr Sklavinnen und Sklaven gibt als jemals zuvor in der Geschichte“ (2015, 14). Als einen Grund für die Zunahme der Anzahl von Sklavinnen und Sklaven nennt Kevin Bales (2000) die enorme Zunahme der Weltbevölkerung.¹ Dies führt, so Jan-Christoph Marschelke (2015), zu einer deutlich höheren Gewinnspanne eines Sklaven im Gegensatz zu früher, wo diese durchschnittlich teurer waren, insbesondere wenn es sich um lebenslange Versklavungsverhältnisse handelte. Heute findet Versklavung wesentlich kürzer, oftmals nur für mehrere Monate, und flexibler statt. Der Menschenhandel stellt mit zwei Dritteln aller Gewinne, die mit moderner Sklaverei und extremer Arbeitsausbeutung erzielt werden, den größten Anteil (Roland Berger Stiftung 2008). Im Bereich des Menschenhandels stellt wiederum die sexuelle Ausbeutung den größten Gewinnanteil dar (ebd.). Die Industriestaaten stellen unter der in sechs Regionen eingeteilten Welt mit rund der Hälfte der weltweiten Gewinne durch Zwangsarbeit in Verbindung mit Menschenhandel den größten Gewinneranteil. Als Grund dafür werden die hohen Gewinne für die in den Industriestaaten vergleichsweise höheren Preise für Prostitution angeführt, wo eine Zwangsprostituierte ihren Ausbeutern durchschnittlich 67.200 US-Dollar pro Jahr an Profit erwirtschaftet (Roland Berger Stiftung 2008). Im internationalen Menschenhandel gehört Deutschland zu den bedeutsamsten Staaten und ist zugleich ein wichtiges Durchreiseland. Die aus Menschenhandel erzielten Gewinne sind vergleichbar mit denen multinationaler Konzerne (Lochbihler 2014). Das jährlich erscheinende Bundeslagebild „Menschenhandel“ basiert auf den Meldungen der Landeskriminalämter und berichtet für das Jahr 2014 einen Anteil von 23,7% Deutscher aller Tatverdächtigen in Europa und einen Anteil von 15,8% Deutscher an den Opfern (Bundeskriminalamt 2014).

Doch auch außerhalb der Prostitution und Sexarbeit wird mit Menschenhandel ein hoher Gewinn erwirtschaftet. Der wichtigste Wirtschaftsbereich ist dabei der informelle Sektor und die informellen Beschäftigungsverhältnisse. Es gibt Schätzungen, nach denen die informelle Wirtschaft, also der wirtschaftliche Bereich, der nicht durch das allgemeingültige Recht erfasst wird und damit nicht direkte Steuern und sonstige Abgaben abführt, 16% des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im Jahr

2015 ausmachte (KOK 2007). Dazu gehören Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten und der Pflege, in Gaststätten, im Bau und in der Landwirtschaft. Die Informalität stellt ein großes Problem für die Bekämpfung von Sklaverei und extremer Arbeitsausbeutung dar. Laut Norbert Cyrus (2005) nimmt die Bedeutung der informellen Wirtschaft in so genannten hochentwickelten Gesellschaften zu. Der informelle Charakter dieses Wirtschaftsbereiches bewirkt auch, dass eine systematische Erhebung der Anzahl der Betroffenen sowie der Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen unmöglich ist. Einzelfallstudien (wie Cyrus 2005) gewähren einen Einblick in individuelle Lebensverläufe, die gleichwohl strukturell geprägt und eingebettet sind. So handelt es sich bei den versklavten und extrem ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeitern oft um Menschen mit Migrationshintergrund, die aus armen Verhältnissen kommend in Deutschland arbeiten (Follmar-Otto 2009; Graf/Kupfer 2015). Armut ist das Ergebnis wirtschaftlicher Ungleichheit und Ausbeutung zwischen den Herkunfts- und Zielländern der Migrantinnen und Migranten. Besonders im vergangenen Jahr waren wir Zeuginnen vermehrter Migration durch bewaffnete Konflikte und Post-Conflict-Situationen, die kein sicheres und stabiles Leben erlauben. Neben Post-Conflict-Situationen herrscht auch viel Armut in Transformationsländern. So sind vor allem in Südosteuropa die Roma eine strukturell diskriminierte Gruppe, die unter Rassismus, mangelhafter Bildung, ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und Rassismus leiden und somit ihr Auskommen u.a. in Deutschland suchen (Hormel/Scherr 2010). In Europa sind sie die marginalisierteste Bevölkerungsgruppe und leiden unter zunehmenden Antiziganismus (Riegler 2014). In Deutschland haben diejenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft nur die Möglichkeit informell zu arbeiten, was wiederum zu Ausbeutung führt. Der Anteil aller Opfer von Sklaverei und extremer Ausbeutung in Europa ist mit 37,9% rumänischer StaatsbürgerInnen beziffert (Bundeskriminalamt 2014).

Arbeitsverhältnisse können zum einen offen einvernehmliche Ausbeutungsverhältnisse sein. Die sehr geringe Bezahlung übersteigt immer noch einen möglichen Lohn im Heimatland oder es gibt keine Alternative mangels Arbeit im Heimatland. Es gibt zum anderen auch nachträglich aufgenötigte Ausbeutungsverhältnisse. Sie kommen häufig durch falsche Versprechungen zustande, wenn beispielsweise andere Arbeitsinhalte und/oder -konditionen in Aussicht gestellt wurden, als dann angetroffen werden. Vor allem in Haushalten finden sich verschleierte Ausbeutungsverhältnisse, die durch eine mangelnde Trennung von Arbeits- und Wohnplatz leicht zu einer Auflösung der Grenze zwischen Arbeit und Freizeit führen. Schließlich gibt es offen erzwungene Ausbeutungsverhältnisse, in denen unter Androhung und Ausübung von Gewalt Menschen zu bestimmten Arbeiten gezwungen werden (Cyrus/Vogel/de Boer 2010).

Für sämtliche durch Versklavung hergestellte Güter und Dienstleistungen ist ein Markt für diese Güter die Voraussetzung (Cyrus 2005). In einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat immer die Nachfrage nach dem preiswertesten Gut oder der billigsten Dienstleistung Vorrang. An der Versklavung und der extremen Arbeitsausbeu-

tung sind also auch die KundInnen und VerbraucherInnen beteiligt, die sich nicht um die Produktionsbedingungen der von ihnen gekauften Waren und Dienstleistungen kümmern. Sie werden nicht zur Verantwortung für ihre Entscheidungen gezogen. ArbeitgeberInnen können durch Outsourcing zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Reduktion der Produktionskosten und „eine bewusste Gleichgültigkeit gegenüber den Produktionsbedingungen“ (Cyrus 2005, 61). Internationalisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte üben dabei einen enormen Druck auf die Unternehmen aus und tragen zur massiven Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und einer Ausdehnung der informellen Wirtschaft bei. Laut Barbara Lochbihler (2014) fördert eine verfehlte Migrationspolitik den Menschenhandel. Abschottungspolitik und fehlende reguläre Migration tragen zur Illegalisierung und unsicherem Aufenthaltsstatus der MigrantInnen bei. Da hilft auch nicht das existierende Recht auf Lohn für geleistete Arbeit unabhängig von Aufenthaltsrechten und arbeitsrechtlicher Legalität (Rabe 2009), solange die Angst vor Abschiebung bei Einklagen dieser Rechte größer ist. So fordert Kordula Schulz-Asche (2014) eine Verbesserung des Aufenthaltsrechts, um Opfern von Menschenhandel zunächst einmal überhaupt für Aussagen gegen TäterInnen notwendige Unterstützung zu gewähren, bevor ihre Bereitschaft dazu an ihren Aufenthaltstitel gebunden wird. Dazu gehört auch eine Erweiterung der Opferentschädigungsrechte und Opferschutzprogramme (vgl. auch Rabe 2009).

Pflege-, Haushalts- und Sorgearbeit

Deutschland ist auch im Bereich der Pflege in internationale Wirtschaftsbeziehungen eingebunden, die überwiegend Frauen versklaven und extrem ausbeuten. Strukturelle Ausgangsbedingungen, wie der steigende Anteil alter und pflegebedürftiger Menschen in Deutschland, die sich private Pflege aber finanziell nicht leisten können, lassen einen Arbeitsmarkt für Frauen überwiegend aus Osteuropa entstehen, der sie aus der Arbeitslosigkeit und in der Hoffnung um höhere als heimische Löhne beschäftigt (Köhncke 2014). Der demographische Wandel steht dabei im Zusammenhang mit strukturellen Problemen beitragsfinanzierter wohlfahrtsstaatlicher Politik, der zufolge die Pflegeversicherung unzureichend ist. Dadurch sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den SeniorInnenheimen unzureichend und viele alte Menschen wünschen sich zu Hause zu bleiben. Außerdem gibt es eine gesetzliche Präferenz für häusliche Pflege (siehe Geschke/Mederer in der Tagespolitik in diesem Heft). Durch die Zunahme weiblicher Erwerbstätiger mit Ende des Fordismus sinkt die Gratarbeit für die Pflege älterer Familienmitglieder durch Frauen, auf die früher stärker und auch selbstverständlicher zugegriffen wurde. Die Arbeitsverhältnisse haben hier oft auf den ersten Blick einen legalen Charakter, der aber faktisch zu meist unterlaufen wird (Molitor 2015). Schätzungen zufolge beläuft sich die Zahl der in Deutschland lebenden und SeniorInnen betreuenden Frauen aus Osteuropa auf etwa eine halbe Million (Klohr 2013). Die zwei zentralen Mechanismen der Arbeitsausbeutung laufen über die zeitliche Befristung der Beschäftigungsverhältnisse

und über die Vergabe von Auftragsverträgen durch Entsendefirmen. Die zeitlich befristeten Arbeitsverträge ermöglichen prekäre Arbeitskonditionen wie Leiharbeit, Werkverträge und Scheinselbständigkeit. Faktisch führen sie zu zirkulärer Migration. In Polen wurden Auftragsverträge im Zuge der Deregulierung des Arbeitsmarktes eingeführt und bieten den AuftragnehmerInnen noch weniger Schutz als Werkverträge (Molitor 2015). Mit Auftragsverträgen wird legal ein Lohn vereinbart, der aber geringer als der polnische Mindestlohn ist; die AuftragnehmerInnen gelten dabei als Selbständige. Üblicherweise werden keine Arbeitszeiten vereinbart und die Entsendefirmen deklarieren meist eine 24-stündige Bereitschaft. Es gibt auch keine festen Stellenbeschreibungen und obwohl die Verträge nicht mit den pflegebedürftigen Menschen oder deren Angehörigen gemacht werden, haben diese doch eine große Macht, da die faktische Arbeitsplatzgestaltung und die Arbeitsbedingungen von ihnen bestimmt und nicht durch unabhängige Stellen kontrolliert werden (ebd.). Die pflegenden Frauen sind oft in den Wohnungen und Häusern der zu Pflegenden untergebracht, was ihnen auf den ersten Blick die Wohnungssuche erspart, aber tatsächlich zu ihrer Belastung enorm beiträgt, da sie so keine Privatsphäre haben.

Versklavung und extreme Arbeitsausbeutung in der Pflege, Haus- und Sorgearbeit stellen einen boomenden Markt dar, in dem Vermittlungs- und Entsendefirmen profitieren. Wie Almut Bachinger in diesem Heft am Beispiel Österreich zeigt, ist eine der zentralen Triebfedern dabei die Sonderstellung von Pflege, Haus- und Sorgearbeit als vormals unbezahlte Arbeit. Dadurch ergeben sich vergeschlechtlichte Hierarchien zwischen MigrantInnen und gut ausgebildeten BesserverdienerInnen, die als Angehörige pflegebedürftiger Menschen von wirtschaftlichen Ungleichverhältnissen und der Not Arbeitssuchender außerhalb Österreichs profitieren. Auch in Deutschland können wir das beobachten. Als Beispiel kann hier die Studie von Elisabeth Müller und Gregor Eppinger über transnationale Sorge- Haushalts- und Pflegearbeit in Berlin genannt werden, die auf dem Dokumentarfilm über polnische Haushaltsarbeiterinnen in Berlin von Eppinger basiert (Müller/Eppinger 2010). In diesem wird sichtbar, dass die Haushaltsarbeiterinnen von den Vermittlungsagenturen, in Rückgriff auf die Geschlechterrolle der polnischen Mutter, als fürsorgliche, mütterliche Frauen konstruiert werden. Diese Konstruktionen sind losgelöst von der identitären Selbstbeschreibung der Haushaltshelferinnen bzw. teilweise sogar konträr zu diesen. Aber auch der deutsche Staat spart enorm, denn die Versorgung und Pflege Älterer wird nicht durch Steuergelder systematisch und ausreichend finanziert. Deutschlands Situation ist mit der anderer europäischer Länder vergleichbar, wo dies trägt maßgeblich zu den prekären Arbeitsbedingungen beiträgt, wie Hildegard Theobald (2010) in einem Ländervergleich der Pflegesysteme Italiens, Österreichs und Schwedens zeigt: Wo die Unterbringung in Heimen anerkannter sei und die öffentliche Finanzierung besser, seien die Beschäftigungsverhältnisse zwar auch feminisiert und ethnisiert, aber weniger prekär.

Grundlage der ausbeutenden Arbeitsverhältnisse ist aber nicht nur die deutsche Regulierung des Sorge- und Pflegemarktes, sondern auch die Positionierung der Bun-

desrepublik innerhalb des Rahmens der EU-Politik der Liberalisierung. Im Zuge der EU Osterweiterung hatte Deutschland sein Recht in Anspruch genommen, von der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes einige neue Beitrittsländer temporär auszunehmen, Bulgarien und Rumänien gar bis 2014. Gleichzeitig ergaben sich durch den Fachkräftemangel in Branchen wie Bau und Fleischerei (vgl. Kunze 2014) und die Versorgungslücke in der Pflege viele Nischen für migrantische ArbeiterInnen. Für MigrantInnen aus dem osteuropäischen Raum bot die Dienstleistungsrichtlinie eine Lücke. Diese war 2006 erlassen worden und ermöglichte den freien Verkehr von Dienstleistungen. Dadurch ergab sich die Rechtslage, dass einE rumänischeR ArbeitnehmerIn zwar nicht in Deutschland angestellt sein durfte, aber selbstständig als DienstleisterIn tätig sein durfte. Wie Ewa Palenga-Möllnbeck (2013) am Beispiel Polen zeigt, ergaben sich dadurch vor allem im Bereich der Haushaltshilfe und Pflege als auch im Bereich von Handwerksdienstleistungen zahlreiche scheinselfständige Beschäftigungsverhältnisse zu häufig ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. So berichtet der Dokumentarfilmer Eppinger (zitiert in Mueller/Eppinger 2010) in seinem Interviewmaterial über die Arbeits- und Lebensbedingungen von Haushaltskräften, die in 24 Stunden Betreuungsverhältnissen tätig sind und mit zwölf Stunden Freizeit pro Woche auskommen müssen. Ein Blick auf den Prozess der Institutionalisierung der Dienstleistungsrichtlinie zeigt, dass es vor allem auch die Ausgestaltung der Richtlinie ist (zu der Deutschland maßgeblich beigetragen hat), welche die Prekarität im Bereich von Haushalts-, Sorge- und Pflegedienstleistungen befördert. So fallen unter die Freizügigkeit soziale Dienstleistungen durch private AnbieterInnen z. B. Kinderbetreuung, Altenpflege und Haushaltshilfe (Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt). Dies führte dazu, dass viele im EU-Ausland im Gesundheitssektor ausgebildete Frauen in Deutschland unter Qualifikationsniveau, in privaten Arrangements und unter ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen tätig sind. Auch müssen Dienstleistende, um Scheinselbstständigkeit zu vermeiden, mehr als eineN AuftraggeberIn vorweisen, was im Bereich der 24-Stunden Pflege schwierig ist. Dadurch werden die Dienstleistenden in illegale Arbeitsverhältnisse zu ausbeuterischen Bedingungen gedrängt (Lutz/Palenga-Möllnbeck 2015).

Deutschlands Einbettung in ausbeutende transnationale Handelsprozesse

Der dritte Bereich, in dem die EU und damit auch Deutschland in internationale Prozesse der Ausbeutung und Sklaverei involviert sind, ist der des globalen Handels. Als am 24. April 2013 in Bangladesch der Gebäudekomplex Rana Plaza einstürzte und 1.127 Menschen starben, wurde der Blick darauf gelenkt, dass auch europäische Marken unter ausbeutenden Bedingungen in der Fabrik produzieren ließen. Seither wurde auf Druck der USA und der EU das bangladeschische Arbeitsrecht in den Bereichen Gewerkschaftsgründung und Gebäudesicherheit geändert (für eine kritische Diskussion siehe Fink 2014). Auch einigten sich transnationale Unternehmen und

Gewerkschaften auf ein Abkommen (Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh), das Gewerkschaften eine Rolle in der Inspektion der Sicherheit der Fabriken einräumt (Aridov et al. 2014). Diese Änderungen lenken aber von der Tatsache ab, dass es vor allem die internationalen Handelsregimes sind, an denen die EU beteiligt ist, die die Grundlage für das Unglück von Rana Plaza bilden und vor allem in arbeitsintensiven Sektoren in Schwellen- und Entwicklungsländern ausbeuterische und versklavende Arbeitsverhältnisse bedingen. Diese Sektoren sind, im Zuge der Globalisierung durch Verlagerung von Produktionsprozessen aus Industrieländern hin zu Schwellen- und Entwicklungsländern, mit geringem Organisationsgrad und geringen Standards hinsichtlich Umwelt- und Arbeitsrechten entstanden. Um in diesen Bereichen die Triebfedern von Ausbeutung und Versklavung zu erkennen, ist es nötig, die Zusammenhänge zwischen internationalen Handelsbeziehungen (z.B. im geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien) und lokalen Geschlechterverhältnissen sowie Änderungen der Sozialstruktur und Migrationsbewegungen (meist handelt es sich bei den Frauen um junge Migrantinnen aus ländlichen Gegenden) in den Blick zu nehmen.

Wie wir anfangs gezeigt haben, spielen dabei Herkunft und Geschlecht und die damit verbundenen sozialen (Selbst-)Zuschreibungen eine wichtige Rolle im Prozess der Ausbeutung. So führt beispielsweise das Stereotyp der ‚nimble fingers‘, d.h. die Annahme, dass Frauen aufgrund bestimmter körperlicher Merkmale für die arbeitsintensive Bekleidungs-, Elektronik- und Spielzeugfabrikation als besonders geeignet betrachtet werden, zu einer extremen Feminisierung dieser Branche (Elson/Pearson 1981). Wie der Beitrag von Oonagh Eastmond in unserem Heft zur Ausbeutung von kambodianischen Männern auf thailändischen Fischerboten zeigt, werden bei ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen gerade die vergeschlechtlichten Rollenbilder, die Scham, das Scheitern einzugestehen und sich selbst als Opfer wahrzunehmen, genutzt, um Männer in sklavenähnlichen Zwangsmechanismen zu halten. Auch hier sind europäische Firmen beteiligt: In Aldi Nord Filialen wurden bis vor einiger Zeit Fertiggerichte mit Garnelen verkauft, die durch Sklavenarbeit auf Fischerbooten in Thailand produziert wurden. Aldi Nord rechtfertigt sich mit dem Hinweis, die Produktion sei durch GLOBALG.A.P. zertifiziert, einem Unternehmen, das gute Agrarpraxis weltweit entlang führender Standards garantiere. Die Zertifizierung beinhaltet aber neben einer Lizenz zum Fischen und einer staatlichen Zulassung nichts weiter. Arbeitsstandards werden nicht verlangt und überprüft (WiWO Green 2016). Wie wir eingangs gezeigt haben, wird es durch Mechanismen wie diese privaten Zertifizierungen einerseits und vergeschlechtlichte Rollenbilder andererseits möglich, dass Knotenpunkte der Handelskette, an denen Ausbeutung stattfindet, verborgen bleiben. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse sind mangelhafter nationaler Gesetzgebung und Umsetzung internationaler Arbeits- und Menschenrechte geschuldet. Dieser Mangel ist aber Grundlage der internationalen Arbeitsteilung, in die sich Schwellen- und Entwicklungsländer einreihen. So kritisiert Andreas Bieler die theoretische Grundlage der Freihandelsstrategie „Global Europe“ der EU: „perceiving globalisation as

a win-win situation, it is argued that free trade is the best way towards development. In this sense, the Commission argues, Global Europe should also be understood as a development strategy“ (2013, 164). Zwar sei in der Tat durch die gestiegene Zahl der Freihandelsabkommen der EU mit Schwellen- und Entwicklungsländern der Export in diesen Ländern gewachsen. Dazu trug auch der Abbau von Handelsbarrieren, wie etwa dem Wegfall der Textilquote (Multifaserabkommen) bei. John Pickles (2012) betrachtete die Auswirkungen der Liberalisierung in der Textilindustrie und kam zu dem Schluss, dass zwar die Beschäftigungsmöglichkeiten durch den Wegfall der Textilquote gewachsen sind, dies aber zu Ungunsten der Arbeitsbedingungen. Die Feminisierung von Arbeit, Kinderarbeit sowie Arbeitsgefährdung durch umweltverschmutzende Produktionsmethoden sei seither gestiegen (Pickles 2012, 11). Die EU knüpft die Freihandelsabkommen aber nicht an soziale Bedingungen und Mindestarbeitsstandards und reguliert auch nicht die Produktion europäischer Firmen in Sonderexportzonen, d.h. räumlich abgegrenzten Bereichen, in denen meist steuerliche Vergünstigungen, aber auch niedrigere Standards bzgl. Umwelt- und Arbeitsrecht gelten als in den Staaten, in denen sie angesiedelt sind. Der Großteil der Beschäftigten in diesen Sonderwirtschaftszonen ist weiblich, wobei der Anteil weiblicher Beschäftigter in der Textil- sowie in der Elektronikindustrie mit 90% besonders hoch ist (ILO 2014b). Aber auch im Bereich der Lebensmittelindustrie und Kommunikationsgeräteindustrie sind deutsche Firmen, wenn auch oft über lange Lieferketten, an der Arbeitsausbeutung und Versklavung von Menschen beteiligt. Die Beschäftigten haben meist unzureichenden Zugang zu Gesundheitsversorgung, sind oft unterernährt (ebd., 14). Die langen Arbeitszeiten und Überstunden werden meist nicht vergütet (Wichterich/Menon-Sen 2009) und sexuelle Belästigung und Zwang stehen an der Tagesordnung (ILO 2014b). Wie der Accord von Bangladesch zeigt, wird die Regulierung dieser Zonen, der privaten Selbstverantwortung unter dem Label von sozialer Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) oder der Gewerkschaftsarbeit überlassen. Stattdessen ist eine staatliche Garantie der Grundrechte notwendig.

Fazit

Wie gezeigt wurde, ist Deutschland auf vielfältige Weise in globale Ausbeutungsprozesse eingebunden. Dabei kommt es zu einer Auflösung der Dimensionen von global und lokal, denn die GewinnerInnen und VerliererInnen befinden sich sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern dieses Netzwerks. Geschlechteridentitäten werden dabei aufgeweicht und neu (re-)konstruiert. Dabei kommt es zu einer teilweisen Auflösung traditioneller Geschlechterregime unter modernen Produktionsbedingungen, wie das Beispiel der polnischen Hausangestellten in Berlin zeigt. Möglich werden diese Formen der Ausbeutung durch eine mangelnde Institutionalisierung von Geschlechtergerechtigkeit in der Sphäre des Ökonomischen. Gegen Versklavung und ausbeutende Arbeitsverhältnisse sind bindende gesetzliche Standards

für international tätige Unternehmen notwendig, die die Unternehmen verpflichten, auch für die Einhaltung von Arbeitsschutz- und Umweltstandards bei ihren Zulieferunternehmen im Ausland zu haften. Dazu bedarf es aber auch einer Politik der Anerkennung, dem „Herzstück feministischer Ökonomie“ (Wichterich 2007, 236). „Informell Beschäftigte, Hausangestellte, Sexarbeiterinnen oder Migrantinnen ohne Papiere fordern Anerkennung als ‚richtige‘ Arbeitskräfte, die ein Anrecht auf Arbeitsverträge, Mindestlöhne, soziale Absicherung und gewerkschaftliche Organisation haben“ (ebd., 236). Wir sehen diese Anerkennung als einen ersten Schritt auf einem längeren Weg zu einer Gesellschaft ohne Unterdrückung und extreme Arbeitsausbeutung.

Beiträge in diesem Heft

Der erste unserer fünf Beiträge des Schwerpunkts beschäftigt sich mit Deutschland. Rebecca Pates, Anne Dölemeyer und Julia Leser zeigen in ihrer Analyse über Opfer von Menschenhandel in Gerichtsverfahren, dass die in Deutschland gängige Unterscheidung zwischen Menschenhandel zu Zwecken der sexuellen Ausbeutung (§232 StGB) und Menschenhandel zu Zwecken der Arbeitsausbeutung (§233 StGB) zu einer Diskriminierung von Menschen führt, die dem §232 StGB zugeordnet werden, was in der Mehrzahl Frauen sind. Ihre sexuelle Ausbeutung wird nicht als Arbeitsausbeutung anerkannt, wodurch sich ihnen rechtliche Verteidigungsmöglichkeiten in Form von Arbeitsgerichtsverfahren verschließen und sie darüber hinaus oftmals zusätzliche Entmündigungs- und Demütigungserfahrungen machen.

Bezahlte Care- und Hausarbeit (Domestic Work), die von MigrantInnen geleistet wird, hat seit den 1990er Jahren immer weitere Verbreitung im globalen Maßstab erreicht. Im Bereich der Altenpflege und -versorgung entwickelten sich besonders prekäre Arbeitsarrangements und migrantische Arbeitskräfte füllen jene Care-Lücken, die nicht mehr durch unbezahlte Arbeit abgedeckt werden. Wie der Beitrag von Almut Bachinger am Beispiel der 24-Stunden-Pflege in Österreich zeigt, kommt es dabei auch zur systematischen Ausbeutung durch europäische Wohlfahrtsstaaten. Indem dort Arbeitsrecht ausgesetzt wird und die Unterschreitung von Mindestlöhnen durch Kollektivvertragslöhne rechtlich abgesichert wird, wird die geschlechtsspezifische Ausbeutung migrantischer Hausangestellter legalisiert. Wie Bachinger zeigt, ist dies möglich durch eine KomplizInnenschaft von Wohlfahrtsstaat und den NutzerInnen der ausbeuterischen Dienstleistungen.

Auch im nächsten Beitrag von Mouna Maaroufi geht es um die Arbeit von Hausangestellten. Maaroufi untersucht den Libanon, wo Hausangestellte aus verschiedenen asiatischen und afrikanischen Ländern aufgrund internationaler Arbeitsteilung ausgebeutet werden. Dabei zeigt sie die strukturellen Herausforderungen, mit denen die Hausangestellten auf nationaler und globaler Ebene konfrontiert sind auf und geht auf interne Spaltungen, die kollektive Organisation und Widerstand erschweren, ein.

Einem eher verborgenen Knotenpunkt internationaler Handelsketten widmet sich Oonagh Eastmond in einem Beitrag zur Ausbeutung von kambodianischen Männern auf thailändischen Fischerbooten. Wie Eastmond zeigt, wird die Ausbeutung ermöglicht durch Rollenstereotype von kambodianischen Männern, die es ihnen verbieten, sich selbst als Opfer von Ausbeutung zu identifizieren. Aber auch die Institutionen, die mit der Hilfe und rechtlichen Stellung von Opfern moderner Sklaverei verbunden sind, basieren auf Geschlechterrollenstereotypen. So stehen vor allem sexuelle Ausbeutung und weibliche Opfer im Fokus von Hilfsorganisationen und staatlichen Institutionen. Für die Ahndung von Arbeitsausbeutung von Männern wie Frauen sowie des damit verbundenen Menschenhandels und die Unterstützung von Opfern ist somit gar kein rechtlicher Raum vorgesehen.

Welche Möglichkeiten zum Widerstand und zur Veränderung ausbeutender Arbeitsbedingungen sich bieten, diskutiert Laura Dean in einem Beitrag zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Kampf gegen Menschenhandel. Sie betrachtet dabei NGOs in postsowjetischen Staaten (Russland, Lettland und Ukraine), und ihre Strategien in der Implementation und Adaption internationaler Normen in nationales Recht. Wie Dean zeigt, ist es NGOs in diesen Staaten, die in hohem Maß von Menschenhandel betroffen sind, gelungen, durch das Zusammenwirken mit Internationalen Organisationen Veränderungen des rechtlichen Raums zu bewirken und das Thema Menschenhandel in das öffentliche Bewusstsein zu tragen. Ihr abschließender Beitrag macht uns Hoffnung, dass wir in gemeinsamer Anstrengung und Hartnäckigkeit an der Abschaffung von Sklaverei und extremer Arbeitsausbeutung mitwirken können.

Anmerkung

- 1 Selbstverständlich folgt nicht automatisch aus einer großen Anzahl an Menschen deren Arbeitsausbeutung. Aber in kapitalistischen Gesellschaften, in denen eine hohe Nachfrage nach bezahlter Arbeit günstig für Arbeitsausbeutung ist, kann die Zunahme von Bevölkerung eine Bedrohung für Ausbeutung eingrenzende Errungenschaften wie Tarifverträge bedeuten (vgl. auch Freeman 2006).

Literatur

Aridov, Mikhail/Becker, Vanessa/Liu, Jiyue/Werner, Anne, 2014: CSR in the Textile Sector: European Fashion Firms and the Bangladesh Safety Accord. In: *Journal of European Management & Public Affairs Studies*. 2 (1), 23–30.

Bales, Kevin (Hg.), 2000: *New Slavery. A Reference Handbook*. Santa Barbara/California.

Bales, Kevin/Soodalter, Ron, 2009: *The Slave Next Door, Human Trafficking and Slavery in America Today*. Berkeley.

Beer, Ursula (Hg.), 1987: *Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik*. Bielefeld.

Bennett, Katy, 2014: Women and Economy: Complex Inequality in a Post-industrial Landscape. In: *Gender, Place & Culture*. 22 (9), 1287–1304.

Bieler, Andreas, 2013: The EU, Global Europe, and Processes of Uneven and Combined Development. The Problem of Transnational Labour Solidarity. In: Review of International Studies. 39 (1), 161–183.

Bundeskriminalamt, 2014: Bundeslagebild "Menschenhandel" 2014. Wiesbaden.

Çağlar, Gülay, 2014: Feministische Theorien. In: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hg.): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Wiesbaden. 201–215.

Cristo, Magno Moisés, 2015: O trabalho doméstico no Brasil: trajetória, (i)legalidade e o difícil reconhecimento social. In: PERCURSO ACADÊMICO. 5 (9), 150–168. Internet: <http://200.229.32.55/index.php/percursoacademico/article/view/7402/8180>. (27.2.2016).

Cyrus, Norbert, 2005: Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in Deutschland. Genf.

Cyrus, Norbert/**Vogel**, Dita/**de Boer**, Katrin, 2010: Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung. Berlin.

Elson, Diane, 2007: The Changing Economic and Political Participation of Women: Hybridization, Reversals and Contradictions in the Context of Globalization. In: Lenz, Ilse (Hg.): Gender Orders Unbound. Globalisation, Restructuring and Reciprocity. Opladen, 25–50.

Elson, Diane/**Pearson**, Ruth, 1981: Nimble Fingers Make Cheap Workers: An Analysis of Women's Employment in Third World Export Manufacturing. In: Feminist Review. 7 (1), 87–107.

Fink, Elisabeth, 2014: Bangladeschs Textilindustrie nach der Katastrophe von Savar – Business as usual oder nachhaltige Veränderungen? In: Femina Politica. 23 (1), 129–133.

Follmar-Otto, Petra, 2009: Ein Menschenrechtsansatz gegen Menschenhandel – Internationale Verpflichtungen und Stand der Umsetzung in Deutschland. In: dies./Rabe, Heike (Hg.): Menschenhandel in Deutschland. Die Menschenrechte der Betroffenen stärken, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin, 11–52.

Freeman, Richard, 2006: The Great Doubling: The Challenge of the New Global Labour Market, Internet: eml.berkeley.edu/~webfac/eichengreen/e183_sp07/great_doub.pdf (5.2.2015).

Graen, Laura, 2014: Doppelte Last. Tabak im Globalen Süden. Internet: http://www.unfairtobacco.org/wp-content/uploads/doppelte-last_web.pdf (27.2.2016).

Graf, Patricia/**Kupfer**, Antonia, 2015: Geschlechterverhältnisse in ausbeutenden Arbeitsbeziehungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65 (50–51), 29–34.

Hormel, Ulrike/**Scherr**, Albert, 2010: Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse. Wiesbaden.

ILO, 2014a: Profits and Poverty: The Economics of Forced Labour. Geneva.

ILO, 2014b: Trade Union Manual on Export Processing Zones. Internet: http://www.ilo.org/public/libdoc/ilo/2014/114B09_142_engl.pdf (8.10.2015).

INKOTA, 2010: Die neue Landnahme – Der globale Süden im Ausverkauf. INKOTA Dossier 7, Juni 2010. Internet: www.inkota.de/material/inkota-dossier/ (27.2.2016).

Jaeger, Nicola, 2015: Alles für uns!? Der globale Einfluss der europäischen Handels- und Investitionspolitik auf Rohstoffausbeutung, Berlin.

Klohr, Markus, 2013: Legal, illegal, fast egal. Ausbeutung von Pflegekräften. In: Stuttgarter Zeitung, 03.12.2013.

Köhncke, Doris, 2014: Häusliche Betreuung in Deutschland auf dem Rücken osteuropäischer Frauen. In: Heinrich Böll Stiftung, Welcome to Germany IV Menschenhandel in Deutschland, Berlin, 70–75.

KOK (Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V.), 2007: Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft. Berlin.

Kunze, Anne, 2014: Die Schlachtordnung. In: Zeit online, 14.12.2014. Internet: <http://www.zeit.de/2014/51/schlachthof-niedersachsen-fleischwirtschaft-ausbeutung-arbeiter> (15.2.2016).

Lochbihler, Barbara, 2014: Abschottung, Ausbeutung und Verbrechen, in: Heinrich Böll Stiftung, Welcome to Germany IV Menschenhandel in Deutschland. Berlin, 9-16.

Lutz, Helma/**Palenga-Möllnbeck**, Ewa, 2015: CareArbeit, Gender und Migration: Überlegungen zu einer Theorie der transnationalen Migration im Haushaltsarbeitssektor. Wiesbaden.

Marschelke, Jan-Christoph, 2015: Moderne Sklavereien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65 (50-51), 15-23.

Molitor, Carmen, 2015: Geschäftsmodell Ausbeutung. Wenn europäische Arbeitnehmer_innen in Deutschland um ihre Rechte betrogen werden. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin.

Müller, Elisabeth/**Eppinger**, Gregor, 2010: Gender Equality Backstage – Who is Taking Care of Households When Women Work? In: Schlossplatz. 9, 17-19.

Palenga-Möllnbeck, Ewa, 2013: Care Chains in Eastern and Central Europe: Male and Female Domestic Work at the Intersections of Gender, Class, and Ethnicity. In: Journal of Immigrant & Refugee Studies. 11 (4), 364-383.

Pickles, John, 2012: Economic and Social Upgrading in Apparel Global Value Chains: Public Governance and Trade Policy. Capturing the Gains Working Paper 13. University of North Carolina.

Rabe, Heike, 2009: Entschädigung und Entlohnung für Betroffene von Menschenhandel in Deutschland – Machbarkeitsstudie für einen Rechtshilfefonds. In Follmar-Otto, Petra/Rabe, Heike (Hg.): Menschenhandel in Deutschland. Die Menschenrechte der Betroffenen stärken, Deutsches Institut für Menschenrechte. Berlin, 53-98.

Riegler, Romana, 2014: Roma aus (Süd-)Osteuropa als Betroffene von Frauenhandel. Eine Untersuchung der Vulnerabilitätsfaktoren. In: Heinrich Böll Stiftung, Welcome to Germany IV Menschenhandel in Deutschland. Berlin, 100-127.

Roland Berger Stiftung, 2008: Sklaverei und Menschenhandel im 21. Jahrhundert. Verletzungen von Menschenwürde und Menschenrechten in einer globalisierten Gesellschaft. Dokumentation. Internet: http://www.rolandbergerstiftung.org/uploads/tx_lombmargcontent/Sklaverei_und_Menschenhandel_im_21_Jahrhundert.pdf (14.2.2016).

Sassen, Saskia, 2003: Strategic Instantiations of Gendering in the Global Economy. In: Kramer, Helgard (Hg.): Geschlechterarrangements in globaler und historischer Perspektive. Heidelberg, 143-159.

Schulz-Asche, Kordula, 2014: Im Kampf gegen Menschenhandel die Opfer in den Mittelpunkt stellen. In: Heinrich Böll Stiftung, Welcome to Germany IV Menschenhandel in Deutschland. Berlin, 17-24.

SWP Berlin/BGR 2013, Nationale Alleingänge oder internationale Kooperation?. Analyse und Vergleich der Rohstoffstrategien der G20-Staaten, Berlin/Hannover. Internet: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S01_hlp_mdn.pdf (27.2.2016).

Theobald, Hildegard, 2010: Prekäre Pflege. Osteuropäische Migrantinnen in der häuslichen Altenfürsorge. In: Osteuropa. 60 (5), 117-129.

Walby, Sylvia, 2002: Feminism in a Global Era. In: Economy and Society. 31 (4), 533-557.

Wichterich, Christa, 2007: Transnationale Vernetzungen für Geschlechtergerechtigkeit. In: Feministische Studien. 25 (2), 233-242.

Wichterich, Christa/**Menon-Sen**, Kalyani, 2009: Trade Liberalisation, Gender Equality, Policy Space. The Case of the Contested EU-India FTA. Brüssel.

WiWo Green (Wirtschaftswoche Green Economy), 2016: Sklavenarbeit in der Garnelenzucht. Wie die Todes-Shrimps auf deutsche Teller kamen. Internet: <http://green.wiwo.de/sklavenarbeit-in-der-garnelenzucht-wie-die-todes-shrimps-auf-deutsche-teller-kamen/> (14.2.2016).

Zeuske, Michael, 2015: Globale Sklavereien: Geschichte und Gegenwart. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65 (50-51), 7-14.